

BBS II Stade	Fach:
Thema:	Datum:

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik zusammengestellt von Lena M., Demet. K. , Jenny N.

Geht auf Keynes zurück, der den Grund für Beschäftigungsschwankungen und Arbeitslosigkeit in der zu geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sieht

Staatsauffassung: - Staat übernimmt stabilisierungspolitische Verantwortung

Grundannahmen:

- Marktwirtschaftliche Systeme sind aufgrund Marktversagen instabil (Marktpessimismus) → Produktionspotenzial nicht ausgelastet
- Unterbeschäftigung wegen zu geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage
- Gefahr: Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung
- Wirtschaftspolitik kann mit geeigneten Maßnahmen Marktsystem stabilisieren

Ziel : Sicherung einer hohen Beschäftigung

Aufgaben der Finanzpolitik: - Stabilisierungspolitik → Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch staatl. Maßnahmen (=Fiskalpolitik)

- Die sich aus den Staatshaushalt ergebende Defizite sollen durch Kreditaufnahme finanziert werden

Aufgaben der Geldpolitik: - soll Fiskalpolitik unterstützen → Verbesserung der Finanzierungsbed. Für priv. Investitionen und Milderung der Zinslasten für staatl. Haushaltsdefizite

Aufgaben der Einkommenspolitik: Lohnerhöhungen führen zu mehr Kaufkraft → mehr Beschäftigung (Kaufkrafttheorie)

Hochkonjunktur: Dämpfung der gesamtwirtschaftl. Nachfrage durch Verringerung der Staatsausgaben und Erhöhung der Staatseinnahmen.

Rezession: Ankurbeln der gesamtwirtschaftl. Nachfrage durch Erhöhung der Staatsausgaben und Verringerung der Staatseinnahmen.

Maßnahmen:

1. Nachfrage der priv. HH nach Konsumgütern ist abhängig vom verfügb. Einkommen und der Spar- bzw. Konsumneigung Höhe der Einkommenssteuer beeinflusst das verfügb. Einkommen und damit die Konsumgüternachfrage.

1. Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern ist von den Gewinnerwartungen abhängig.
 - Verlagerung der Steuerzahlung auf einen späteren Zeitpunkt
1. Nachfrage des Staates nach Gütern und Dienstleistungen kann vom Staat direkt beeinflusst werden. → staatl. Investitionen als geeignete Ansatzpunkte zur Konjunktursteuerung.

Voraussetzung: Planungen für öffentliche Investitionen, durch deren Realisierung ein privatwirtschaftl. Nachfrageeinbruch ausgeglichen werden kann.

1. Nachfrage des Auslands kann vom Staat durch die Gewährung von Exportsubventionen beeinflusst werden.

Globalsteuerung = wirtschaftl. Konzeption, die die gesamtwirtschaftl. Nachfrage an die Entwicklung des Produktionspotenzials anpassen soll.

Kritik

- Vernachlässigung der Preisniveaustabilität

Beschäftigungsziel der Fiskalpolitik vernachlässigt die Bekämpfung der Inflation

- Zunahme der Staatsverschuldung

Deficit spending führt zu staatl. Haushaltsdefiziten → diese werden in der Hochkonjunktur aus polit. Gründen meistens nicht wieder abgebaut → nächste Rezession noch höhere Fehlbeträge → strukturelle Haushaltsdefizite

- Crowding out

Zunehmende Staatsverschuldung → staatl. Kreditaufnahme → Anstieg des Zinsniveaus → Priv. Investitionen werden zurückgedrängt (zinsbedingtes c.o.)

- Polit. Hemmnisse

In einer parlament. Demokratie legen die Politiker in Zeiten hoher Steuereinnahmen diese Gelder selten still (Konjunkturausgleichsrücklage) → geben sie für die Gunst der Wähler aus um Wiederwahl zu erkaufen

- Time- lags

Wirkung der Fiskalpolitik tritt häufig erst mit zeitlicher Verzögerung (time-lag) ein.

- Stop- and go- Politik

Staatl. Entscheidungsträger ergreifen ad hoc Maßnahmen → abrupter Wechsel zwischen expansiven und kontrastiven Maßnahmen → Verunsicherung und Lähmung der Wirtschaft → Destabilisierung → widerspricht dem Grundsatz der Konstanz der Wirtschaftspolitik

Ändert Staat Rahmenbed. Werden die Investitionsrisiken der UN unkalkulierbar

- Rationales Verhalten der Wirtschaftssubjekte

Viele konjunkturpolit. Maßnahmen wirken, wenn sich die Wirtschaftssubjekte erwartungskonform verhalten.

Jedoch passen sich Wirtschaftssubjekte an die veränderte Situation an, sodass die Wirkung der Eingriffe verpufft

1) Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

= basiert auf der Annahme dass Beschäftigung und Wachstum einer Volkswirtschaft in erster Linie von der Angebotsseite abhängen.

Staatsauffassung: - Staat übernimmt keine stabilitätspolitische Verantwortung (liberalistisch)

Grundannahmen:

-Stabilitätshypothese: Marktwirtschaftl. Systeme sind stabil, tendieren zum Gleichgewicht auf allen Märkten.

- Instabilität: Folge von unzureichendem Wettbewerb und von Eingriffen des Staates in das Marktsystem

- zu geringe priv. Investitionen → Wachstumsschwäche und Unterbeschäftigung

Ziel : Preisniveaustabilität

Ansatzpunkte:

-Angebotssteuerung: Rentabilität der Produktion bestimmt Höhe vom Inlandsprodukt, Volkseinkommen und Beschäftigung

-Aufgabe des Staates: Voraussetzungen für das optimale Funktionieren des Marktsystems schaffen und Erhöhung des Produktionspotenzials erreichen

Aufgaben der Finanzpolitik:

- Bereitstellung öffentl. Güter
- Staatl. Einnahmen und Ausgaben sollen am Wachstum des Produktionspotenzials orientiert und dadurch konjunktunneutral sein
- Senkung von Steuern auf ein leistungsfreundliches Niveau

Aufgaben der Geldpolitik

- Geldmengenentwicklung soll am Wachstum des Produktionspotenzials ausgerichtet werden (potenzialorientierte Geldpolitik)

Aufgaben der Einkommenspolitik

- Lohnpolitik wird Hauptverantwortung zugewiesen, da AL → unflexibler Arbeitsmarkt

→ zu hohe Lohnkosten

Tarifparteien übernehmen Verantwortung für die Vollbeschäftigung

Grundannahmen

Stabilitätshypothese:

-marktwirtschaftliches System ist stabil und entwickelt sich gleichgewichtig

-Fehlentwicklungen sind Folgen staatlicher Interventionen (staatl. Eingriff in die Wirtschaft)

→ beste Stabilitätspolitik ist deshalb mit dem Verzicht staatliche Interventionen

SAY'sches Theorem

- langfristig kann es kein Überangebot an Gütern geben

- „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage selbst.“

- Nachfragesättigung kann nicht auftreten, aufgrund der Unerättlichkeit menschlicher Bedürfnisse (verborgene Bedürfnisse müssen erkannt werden und entsprechende Waren und Dienstleistungen müssen angeboten werden)

Pionierunternehmer

- „Motoren“ des wirtschaftlichen Fortschritts= Unternehmer, die Innovationen durchsetzen, in dem sie neue Märkte erkunden und neue Produktionsverfahren anwenden

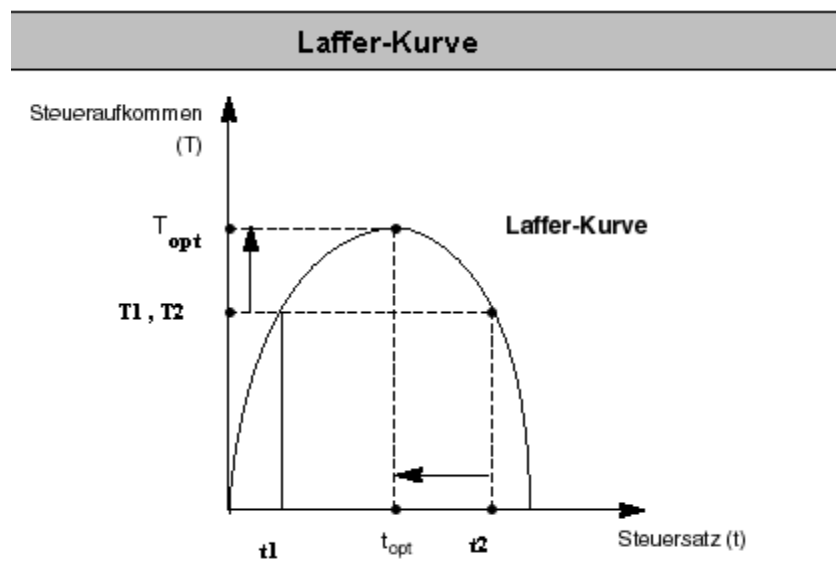
à Durch diesen Wettbewerbsvorsprung erlangt dieser Unternehmer eine befristete Monopolstellung

à Konkurrenten imitieren den Unternehmer am Markt

à notwendiger Gewinnanreiz setzt niedrige Steuern auf Unternehmensgewinne voraus

Laffer- Theorem

-Steueraufkommen erhöht sich trotz Senkung der Steuersätze



- jedes Steueraufkommen kann durch zwei verschiedene Steuersätze erreicht werden

-niedriger Steuersatz (t_1), der auf hohe Unternehmensgewinne angewandt wird, beschert dem Staat dasselbe Steueraufkommen (T) wie ein hoher Steuersatz (t_2), der zu negativen Leistungsanreizen und geringen Unternehmensgewinnen führt

-wird der kritische Wert (t_{opt}) überschritten, kommt es zu Steuerwiderständen und eine leistungsmindernden Wirkung des Steuertarifs. (Steuerwiderstand)

à Senkung des Gewinn- und Einkommensteuersatzes führt zu einer Erhöhung das Steueraufkommen

à Verringerung von Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und Steuerflucht

Ansatzpunkte und Maßnahmen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik

-Rahmenbedingungen für Investitionen sollen durch eine Beständigkeit der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Finanz- Geld- und Lohnpolitik verbessert werden

à Es soll verhindert werden, dass sich bei Investitionsentscheidungen die Rahmendaten in unvorhersehbarer Weise ändern und sich als ein Investitionshemmnis herausstellt.

Konjunkturneutrale Finanzpolitik

- Abbau der strukturellen Defizite der staatlichen Haushalte

- Absenkung der Staatsverschuldung

-Staatseinnahmen und -ausgaben orientieren sich am Produktionspotenzial, sodass keine Wirkungen (expansiv oder kontraktiv) auf die Konjunkturentwicklung ausgehen (=konjunkturneutrale Finanzpolitik)

Monetaristische Geldpolitik zur Preisniveaustabilisierung

- Geldmenge darf nicht schneller wachsen als die reale Gütermenge (Inflation)

à Zentralbank muss das Geldmengenwachstum am Wachstum des Produktionspotenzials ausrichten (=potenzialorientierte Geldpolitik)

Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik

-Erhöhung der Arbeitsproduktivität bedeutet, dass mit einer gleich bleibenden Zahl von Erwerbstätigen eine größere Produktionsmenge erzeugt wird

-steigen Löhne schneller als Arbeitsproduktivität erhöhen sich die Lohnstückkosten

-erhöhen die Unternehmen daraufhin ihre Preise kann es zu einer Lohnkosteninflation kommen (à Arbeitslosigkeit steigt)

- daher wird Lohnpolitik empfohlen, die sich am Produktivitätsfortschritt orientiert (=produktivitätsorientierte Lohnpolitik)

-Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird gefordert (z.B. Lockerung des Kündigungsschutzes, flexiblere Arbeitszeiten,..)

Ordnungspolitik statt Ablaufpolitik

-Maßnahmen zur Stärkung der Marktkräfte und Erhöhung von Leistungsanreizen in anderen Politikbereichen

Wettbewerbspolitik:

-wettbewerbsbeschränkendes Verhalten soll verhindert werden

-bestehende Marktschranken sollen beseitigt werden, damit den Unternehmen der Marktzugang erleichtert wird

Forderungen: -Abbau von Wettbewerbshemmnissen und gesetzlichen Regelungen

- Privatisierung der Aufgaben, die dem Markt überlassen werden können (Energiesektor)
- Abbau von Subventionen, die dem Erhalt von nicht wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweigen dienen (z.B. Bergbau)

Sozialpolitik:

-Abbau von sozialpolitischen Fehlanreizen durch mehr Eigenverantwortung und eine größere Selbstbeteiligung der Betroffenen wird gefordert (z.B. Selbstbeteiligung an Krankheitskosten)

-entsprechend dem Grundsatz: „Selbsthilfe geht vor Fremdhilfe“ → Subsidiaritätsprinzip

Innovationsfreundliche Forschungs- und Technologiepolitik:

-Förderung der Forschung und Entwicklung durch den Ausbau der Grundlagenforschung

- Grundlage für neue Erfindungen

- sollen allen privaten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden

Bildungspolitik:

-kürzere Ausbildungszeiten, mehr Praxisnähe und Bedarfsorientierung

- insgesamt mehr marktwirtschaftliche Elemente (z.B. Studiengebühren, Bezahlung der Professoren nach Leistung)

Umweltpolitik:

-marktwirtschaftliche Instrumente sollen in der Umweltpolitik Anwendung finden (z.B. Umweltzertifikate)

Kritik angebotsorientierter Wirtschaftspolitik

Einseitige Betonung der Angebotsseite (SAY'sches Theorem)

-Vertreter der angebotsorient. Wirtschaftspolitik gehen von der Theorie aus, dass sich das

→ somit erübrigen sich Maßnahmen zur Nachfragesteuerung

-Erfahrungen zeigen, dass auch von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage das Angebot beeinflussen kann/ muss

-Erweiterungsinvestitionen werden nur dann vorgenommen, wenn genügend große Absatzchancen vorhanden sind

- Sind diese Absatzchancen nicht vorhanden führen Investitionsanreize zu Rationalisierungsinvestitionen (→ Abbau von Arbeitsplätzen)

Wirkung des LAFFER- Theorems fraglich

-empirische Daten, die den Verlauf der LAFFER- Kurve bestätigen, liegen nicht vor

Bsp.: - Folge der Steuersenkungspolitik in den USA unter Reagan waren hohe Staatsdefizite

- Stabilisierung des Staatshaushaltes durch Steuererhöhungen

à Anreizwirkungen der Steuersenkungen treten erst verspätet ein

à Übergangsphase besteht eine vermehrte Staatsverschuldung

Löhne als Kosten- und Nachfragefaktor

-Lohnzurückhaltung führt nicht automatisch zu einer Ausweitung der Beschäftigung

-kann nur zu einer Überwindung der lohnkostenbedingten Arbeitslosigkeit beitragen

-sinkende Löhne à sinkende Kosten à sinkende Konsumgüternachfrage

Einkommensumverteilung von Arm zu Reich

-Leistungsstarke werden stärker belohnt

-Leistungsschwachen sollen durch Entzug sozialer Hilfen zu Leistungen gezwungen werden

-Begründung: -Begünstigung der Leistungsstarken kommt langfristig den

Leistungschwachen zugute (z.B. durch höhere Sozialleistungen)

-Produktivitätsorientierte Lohnpolitik lässt Lohnquote konstant

Probleme der politischen Durchsetzbarkeit

-in einer parlamentarischen Demokratie lässt sich die angebotstheoretische Wirtschaftspolitik, wenn eine hohe Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum geduldet werden muss, nicht durchsetzen

-Wahlen in regelmäßigen. Zeitabstände verhindert dies

-sozialer Frieden und wirtschaftliche Stabilität werden durch eine arbeitnehmerfreundliche Arbeits- und Sozialgesetzgebung gewährleistet

